

Deutschland.

Berlin, 1. April. Wir haben uns schon früher über die Haltung der Ungarn und zum Theil auch der Polen in Bezug auf die Krieg- und Friedensfrage ausgesprochen. Unsere damaligen Behauptungen, daß die in Wien gehegten deutschen Hegemoniegefühle weder von den Ungarn noch den Polen gutgeheißen werden, finden sich auch durch die neuesten Auslassungen zweier ungarischer Blätter des „Magyar Ujsag“ und des „Hon“ bestätigt. Diese Blätter sprechen sich auch hier wieder ganz entschieden gegen eine Allianz Oesterreichs mit andern Mächten, die eine kriegerische Politik im Hintergrunde hat, wie überhaupt gegen jeden Krieg, insbesondere aber gegen einen Krieg mit Deutschland aus. Der „Magyar Ujsag“ schreibt in dieser Hinsicht: die Sicherung des Friedens sei unter den jetzigen Verhältnissen eine Lebensfrage für Ungarn, auch wenn man nicht befürchten müßte, daß die Resultate des Krieges, möge Oesterreich siegreich oder besiegt aus demselben hervorgehen, für Ungarn gefährbringend seien. Siege Oesterreichs, so werde Ungarn auch noch seine jetzige verfallene Verfassung verlieren, werde es aber besiegt, so stände Ungarns nationale Existenz auf dem Spiele. Aber auch abgesehen von diesen Eventualitäten und Resultaten, so müßte Ungarn jeden Krieg vermeiden, da der Frieden die einzige Bedingung der materiellen und geistigen Entwicklung des Landes sei, welches sein Zurückbleiben nachzuholen habe. Das Blatt fordert dann das ungarische Ministerium zu einem entschiedenen Verhalten gegenüber den Kriegseingebissen des Wiener Kabinetts auf, da dies besonders den Krieg verhindern werde. Auch der „Hon“ spricht sich mit Bezug auf die bekannten Zeitungsgerüchte gegen das Eingehen Oesterreichs auf die Tripel-Allianz aus und bemerkt schließlich, das österreichische Kabinet wolle zwar nicht eingestehen, daß das ungarische Volk gegen einen Krieg mit Deutschland sei, diese Thatsache stehe aber unabweisbar fest.

Gegen die bekannten strategischen Lufubrationen Arcolays (eines früheren sächsischen Offiziers, Namens Streubel) ist in München ein kleines, im humoristischen Styl geschriebenes Schriftden unter dem Titel „Ueber Arcolays falsche Meinungen an falsche Patrioten“ erschienen. Der jugendliche Strategie, der sich schon früher als Offizier in sächsischen Diensten durch allerlei wunderliche Schriftden bemerklich gemacht haben soll, wird in dieser Broschüre in einer Weise abgerichtet, wie er es verdient. — Aus Mangel an andern Stoff wird von den Zeitungen der Rücktritt des Kultusministers v. Mühlher gemeldet und als sein Nachfolger der Präsident des Konsistoriums der Provinz Brandenburg, Hegel, genannt. Das Gerücht hat nicht die mindeste Begründung und es wäre deshalb auch müßig, die Chancen derjenigen Persönlichkeiten zu prüfen, die zum Nachfolger v. Mühlher ausersuchen sein sollen. — Die Nachricht, daß der Geh. Ober-Reg. Rath v. Klübow zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Sulzer ausersuchen sei, macht jetzt die Munde durch die Zeitungen, erhält dadurch aber keinen zuverlässigern Charakter. Klübow ist als Dirigent der politischen Abtheilung allerdings derjenige Rath, welcher in Behinderungsfällen den Unterstaatssekretär vertritt und dem daher auch naturgemäß eine Anwartschaft auf diese Stelle zusteht; allein neben Herrn v. Klübow werden doch auch noch andere Kandidaten genannt, ohne daß man bis jetzt sagen kann, wer von ihnen die meiste Aussicht hat. Denn, wie schon gestern erwähnt, sind bestimmte Entschlüsse in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt. — Das Verhalten der National-Liberalen und ihrer Organe der Bundespolitik des Grafen Bismarck gegenüber ersaßt in weitesten Kreisen fortwährend strengen Tadel. Die national-liberalen Organe ziehen jetzt im Chor namentlich gegen die Finanzvorlagen im Reichstage zu Felde und befürworten die Abweisung derselben oder fordern doch für die Bewilligung derselben als Gegenleistung die Gewährung wichtiger Zugeständnisse auf dem Gebiete der Verfassungsfrage und der parlamentarischen Machterweiterung. Wir glauben nun zwar nicht, daß die Mehrheit des Reichstages den National-Liberalen auf diesem vorgeschlagenen Wege folgen wird, denn eben so wenig wie das Volk will jedenfalls auch die Mehrheit eine neue Konfliktzeit, aber bemerkt muß doch werden, daß es einerseits ein sehr unpatriotisches Verfahren sein würde, in jetziger Zeit die Mittel zur Stärkung der Wehrkraft des norddeutschen Bundes zu verweigern und daß andererseits die Partei sich als vollständig regierungsunfähig hinstellen würde, welche die Forderungen ihres Programms und nicht die Bedürfnisse des Vaterlandes in Vordergrund stellen wollte. — Von dem Central-Bureau des Zollvereins ist eine Zusammenstellung der Produktion der Bergwerke während des Jahres 1867 veranstaltet worden. Hiernach wurden gefördert: an Steinkohlen auf 647 Werken 474 Mill. Ctr. im Werthe am Ursprungsorte von 46 Mill. Thlr. durch 118,933 Arbeiter, an Braunkohlen auf 865 Werken 140 Mill. Ctr. im Werthe von 7 Mill. Thlr. durch 22,066 Arbeiter, an Eisenerzen auf 1859 Werken 65 Mill. Ctr. im Werthe

von 6 Mill. Thlr. durch 26,147 Arbeiter; an Gold- und Silbererzen auf 188 Werken 2/3 Mill. Ctr. im Werthe von 1 1/2 Mill. Thlr. durch 9941 Arbeiter; an Bleierzen auf 178 Werken 2 Mill. Ctr. im Werthe von 5 Mill. Thlr. durch 19,018 Arbeiter; an Kupfererzen auf 74 Werken 3 1/2 Mill. Ctr. im Werthe von 1 1/2 Mill. Thlr. durch 5910 Arbeiter; an Zinkerzen auf 64 Werken 7 1/2 Mill. Ctr. im Werthe von 2 2/3 Mill. Thlr. durch 9745 Arbeiter; an Manganerzen auf 242 Werken 1 1/2 Million Centner im Werthe von 2/3 Million Thaler durch 2416 Arbeiter; an Vitriolerzen auf 30 Werken 1 1/2 Mill. Ctr. im Werthe von 1/2 Mill. Thlr. durch 768 Arbeiter u. c. Im Ganzen wurden in den Gruben des Zollvereins gewonnen auf 4245 Werken 697 Mill. Ctr. im Werthe von 70 Mill. Thlr. durch 216,130 Arbeiter. Steinkohlen wurden verhältnismäßig vorzugsweise in Preußen und Sachsen, Braunkohlen in Anhalt, Preußen und Sachsen, Eisenerze in Luxemburg und Preußen, Gold und Silbererze ausschließlich in Sachsen, Kupfer-, Zinn-, Mangan- und Vitriolerze fast ausschließlich in Preußen gefördert. — In Hamburg wird in der Zeit vom 2. bis 12. September d. J. eine internationale Pflanzen-Ausstellung in Verbindung mit dem Kongress der Botaniker, Gärtner und Gartenfreunde stattfinden. Als Kommissarius des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird sich der Geh. Ober-Regierungsrath Heyder dorthin begeben. Als Preise für die vorzüglichsten Leistungen hat der König einen silbernen Pokal, die Königin zwei prachtvolle Bafen, der Minister v. Selchow die große preussische goldene Medaille für Leistungen im Gartenbau im Gewichte von 50 Dukaten bestimmt. Für die ebenfalls in diesem Jahre stattfindende Gartenbau-Ausstellung in Petersburg ist von Seiten des Ministers v. Selchow auch der Geh. Ober-Regierungsrath Heyder als Kommissarius bestimmt, den wahrscheinlich die Professoren Koch aus Berlin und de Barry aus Halle im Auftrage des Kultusministers begleiten werden. Für die zur Ausstellung reisenden Personen und zu sendenden Pflanzen sollen auf den Eisenbahnen Tarif-Ermäßigungen bewirkt werden.

Berlin, 2. April. Der Königl. Hof wohnte am Mittwoch Abend der französischen Theater-Vorstellung bei und wurde der Thee nach derselben bei der Generalin von Bogen eingenommen. Gestern Vormittags nahm Sr. Maj. der König militärische Meldungen entgegen, arbeitete hierauf bis 2 Uhr mit dem Kriegsminister v. Noen und dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trescow und ertheilte alsdann Audienz. Nachmittags machte der König eine Ausfahrt und wohnte Abends mit den übrigen hohen Herrschaften der Ballet-Vorstellung im Opernhause bei.

Berlin, 1. April. Eins der wichtigsten neueren Gesetze, welche wir der vorigen Landtags-Sitzung verdanken, ist die am 15. März publicirte und am 1. Mai er. in allen Gebiets-theilen der preussischen Monarchie mit Ausnahme des ehemaligen Königreichs Hannover in Kraft tretende Subhastationsordnung. Ihr materieller Inhalt influirt so bedeutend auf den Besitz des Grundeigentums und die auf demselben eingegangenen Schuldverhältnisse, und weicht gleichzeitig so erheblich sowohl vom gemeinen als auch von dem früheren preussischen Recht ab, daß wir nicht umhin können, ihre Grundzüge unsern Lesern mittheilen und die in ihr enthaltenen Normen mit denen der früheren Gesetzgebung in Parallele zu stellen. Anwendung findet nach dem neuen Gesetz die Subhastation auf alle Immobilien, selbstständige, den Immobiliencharakter habende Erbschaften, vererbte Bergwerke und Seeschiffe. Das Vorangehen eines Exekutionsverfahrens ist nicht erforderlich; vielmehr wird, sobald der Gläubiger, welcher sich im Besitz einer vollstreckbaren Forderung befindet, den Antrag auf Einleitung des Subhastationsverfahrens stellt und denselben mit den gehörigen Requisitionen unterstügt, seinem Petition sofort deferirt; und zwar findet das Verfahren nicht mehr wie früher vor Gerichtskollegien statt, sondern es liegt in der Hand eines ständigen Einzelrichters, welcher nach statgefundener Legitimierung des Proponenten sofort einen Vermerk im Hypothekenbuch eintragen läßt, daß der Subhastationsprozeß über das betreffende Grundstück begonnen habe. Diese hindernde Umstände, welche aus dem Hypothekenbuch ersichtlich sind, suspendiren entweder das weitere Verfahren oder bedingen die baldige Hebung derselben durch den Gläubiger. Ein Mandat auf Zahlung wird dem Schuldner nicht mehr zugestellt, und auch nicht mehr die Tare des zu subhastirenden Grundstücks aufgenommen, nach deren Eingang ehemals der Versteigerungstermin bei einem höheren Werthe als 5000 Thlr. aufreißenden Grundstück auf 6 Monate hinausgesetzt zu werden pflegte, sondern sofort ein Versteigerungstermin nach dem Ermessen des Richters nach 6 Wochen bis 3, spätestens 6 Monaten anberaumt, dessen Bekanntmachung durch Gerichtsaustrag und Einrückung im Amtsblatt in von dem Richter zu bestimmenden Zeitintervallen erfolgt. Die Bestimmung, daß im Versteigerungstermin nach sechs Uhr Abends keine neuen Bieter zugelassen werden sollen,

hat die neue Subhastations-Ordnung nicht aufgenommen, dagegen hat sie, gleich dem früheren Gesetz, jedem Interessenten das Recht eingeräumt, Sicherheitsleistung der Bieter zu verlangen. Während früher die zu deponirende Kaution den zehnten Theil der Tare betrug, hat der Bieter heute den vierfachen Grundsteuer-Reinertrag und zweieinhalbfachen Nutzungswert zu deponiren; ist er dagegen innerhalb des zwanzigfachen des Grundsteuer-Reinertrages und des zweieinhalbfachen des Gebäudesteuer-Nutzungswertes auf dem betreffenden Grundstück eingetragen, so kann sein Hypothekendokument die Stelle der Kaution vertreten. Die Versteigerung darf nicht vor Ablauf einer Stunde nach ihrem Beginn und nicht vor Ausmittlung eines Meistbietenden erfolgen. Erhebt ein Interessent Widerspruch gegen den Zuschlag, so muß er das sofort im Termin thun, auch ist ihm gestattet, die Anberaumung eines neuen Versteigerungstermins zu beantragen, wenn er sich bereit erklärt, für das Meistgebot und den ex mora entstehenden Nachtheil und Kosten zu haften. Er deponirt in diesem Falle den zehnten Theil des Meistgebots als Kaution. Widersprechen alle Interessenten, so ist ihrem Antrage auf Anberaumung eines neuen Termins ohne Weiteres stattzugeben. Letzterer wird auf 3, spätestens 6 Wochen hinausgesetzt. Einer eben solchen Wiederholung des Termins bedarf es, wenn sich kein Meistbietender ergeben hat. Finden sich im Termin gar keine Bieter, so hat der Gläubiger binnen 3 Monaten seinen Antrag auf Anberaumung eines neuen Termins zu wiederholen. Befriedigt der Schuldner den Gläubiger vor dem Schluß des Versteigerungsprotokolls und deponirt er Zinsen und Kosten baar, so ist das Verfahren beendet. Widerspricht der Schuldner vorher oder im Versteigerungstermin selbst der Fortsetzung der Subhastation, so wird das Verfahren nur dann unterbrochen, wenn die Einwendungen durch öffentliche oder Privaturkunden, die den Gläubiger zur Recognition oder Disaffection nöthigen, unterstützt werden. Das Versteigerungsprotokoll bedarf der Vollziehung durch die Beteiligte nicht. Treten nicht gesetzlich, im §. 39 der Subhastationsordnung spezifizierte Hinderungsgründe ein, so ertheilt der Richter den Zuschlag. Waltet über die Ertheilung des letzteren unter den Interessenten ein Streit, so entscheidet ihn der kompetente Prozeßrichter. Gegen das Abjudikationsurtheil steht den Interessenten nicht, wie früher das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde beim Ober-Tribunal, sondern nur das der Appellation bei dem zuständigen Appellationsgericht zu, welches innerhalb 14 Tagen einzulegen ist. Zahlt der Abjudikator das Kaufgeld nicht zur bestimmten Zeit, so kann jeder Beteiligte entweder die Resubhastation des Grundstücks oder die Exekution gegen den neuen Erwerber beantragen. Die §§. 60 bis 79 handeln von der Vertheilung der Kaufgelder, die in einer bestimmten Reihenfolge in einem besonderen Termin erfolgt. Im Falle gegen das Abjudikationsurtheil appellirt worden, findet Aussetzung desselben bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Sache statt. Bei einer Differenz über die Vertheilung der Kaufgelder zwischen den Interessenten entwirft der Richter eventuell unter Abbitirung eines Rechnungsverständigen einen Theilungsplan und giebt den aus gesetzlich zulässigen Gründen widersprechenden Interessenten auf, ihren Widerspruch binnen 14 Tagen bei dem kompetenten Prozeßrichter geltend zu machen, widrigenfalls die Auszahlung erfolgt. Nach dem Kaufgelder-Vertheilungstermin findet Lösung des Subhastationsvermerks im Hypothekenbuch und Eintragung des Erfinders, so wie aller Gläubiger gemäß ihrer Rangfolge statt. Die §§. 80 bis 91 regeln das Verfahren beim Aufgebote der bei der Kaufgelder-Vertheilung gebildeten Spezialmassen, und die §§. 112 und 113 stellen den Rechtswirkungen einer notwendigen Subhastation im Wege der Zwangsvollstreckung diejenigen einer von dem Benefizialerben oder von einem Mitgläubiger zum Zweck der Auseinandersetzung beantragten gleich. Im letzten Falle treten jedoch einige Hypothekengläubiger eines zu subhastirenden Grundstücks insofern von Wichtigkeit sind, als sie auf sein bisheriges Verhältnis nur dann influiren, wenn auf dem Antheil des Kondominus, gegen welchen zum Zweck der Auseinandersetzung auf Subhastation angetragen ist, und nicht auch auf dem Antheil des Mitgläubigers, welcher den Antrag gestellt hat, das betreffende Recht haftet. Das beschriebene Gesetz ist übrigens für jeden Grundbesitzer und Hypothekengläubiger von so erheblicher Wichtigkeit, daß es sich für beide Kategorien empfiehlt, falls sie sich nicht durch Unkenntniß seines Inhalts den weitgehenden Verfahrungsansuchen wehren wollen, eingehend über die in ihm enthaltenen, oben angedeuteten Bestimmungen zu informiren; und glauben wir im Interesse unserer Leser auf die Ausgabe der selben in dem Verlage der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (H. v. Decker) erschienenen Subhastations-Ordnung aufmerksam zu dürfen, deren Anschaffung sich schon wegen ihres geringen Preises von 1 1/2 Sgr. empfiehlt.

— Der Hofkammer-Rath Ramm ist von der

Königl. Hofkammer zum Finanzministerium übergetreten. Der Regierungs-Assessor v. Hansen zu Magdeburg ist als Hilfsarbeiter in die Königl. Hofkammer berufen.

— Die Wahl zum Herrenhause für den land-schaftlichen Bezirk Nordpommern an Stelle des im Sommer 1867 verstorbenen Grafen von Krocow-Widerode blieb resultatlos, da die deutschen Wähler sich an der Wahl nicht beteiligten und das Wahllokal verließen, die dort verbliebenen Wähler polnischer Zunge dagegen nicht in der zu einer gültigen Wahl berechtigenden Stärke versammelt waren, indem das Zustandekommen der Wahl das Erscheinen von mindestens 10 Wahlberechtigten voraussetzt.

— Der Justizminister Dr. Leonhardt hat sich auf einige Tage nach Hannover begeben.

Gumbinnen, 1. April. Gestern und heute fanden hier Ansammlungen von ungefähr 300 Personen vor dem Regierungsgebäude statt, wobei es vereinzelt zu Erzessen gegen Privatpersonen kam. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind geeignete Vorkehrungen getroffen.

Posen, 31. März. Der Raubmörder Hochberger, welcher bekanntlich wegen vierfachen Mordes zum Tode verurtheilt worden war, ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

Leipzig, 31. März. Ein vor Kurzem verstorbenen Rentner hatte der hiesigen Universität testamentarisch die Summe von 16,000 Thlrn. zur Errichtung eines Lehrstuhls der Homöopathie vermacht, die medizinische Fakultät billigte jedoch die Errichtung eines solchen Lehrstuhls nicht und lehnte demgemäß das Legat ab. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts weigerte sich trotzdem, die legitime Summe den Erben des Testators auszugeben, weil es von der Ansicht ausging, daß, wenn auch jetzt die medizinische Fakultät sich gegen die Errichtung eines Lehrstuhls der Homöopathie ausgesprochen habe, dennoch die Möglichkeit einer andern Auffassung seitens der Fakultät in spätern Zeiten nicht ausgeschlossen sei. Die Erben sind nunmehr gegen das Kultusministerium klagbar geworden, indem sie behaupten, der Verstorbene sei zur Zeit der Abfassung seines Testaments nicht im vollen Besitze seiner Geisteskräfte gewesen.

München, 1. April. Dem Vernehmen nach hat ein Konjunktum Frankfurter Bankhäuser, darunter die Firma Mainach, ein Konzeptions-Gesuch beifügig Errichtung einer neuen Bank hier selbst beim Ministerium eingereicht.

Ausland.

Wien, 31. März. Auch in den Feiertagen hat sich hier kein besonderer Beitrag zur inneren Politik gesammelt. Die Neuigkeit, daß sich die Regierung mit der Aufhebung der Reichsfanzlei beschäftige, ist nur ein dichterischer Versuch, der Armuth an interessanten Nachrichten aufzuhelfen. Vielleicht wollte auch der Erfinder einen Wink geben, wie durch den Rücktritt des Grafen Beust der Wiedereintritt des Fürsten Carlos Auersperg wieder möglich gemacht werden könne. Jedoch hat der politische Feiertagsblätter die Kleinigkeit übersehen, daß das gemeinsame Ministerium des Auswärtigen auf der Verfassung beruht und sei es Aufhebung der Zustimmung der Delegationen bedarf.

— In Prag ist die Universität wegen des Senatsbeschlusses, wonach eine Adresse an den Papst gestellt werden sollte, von diesem Zwiespalt ergriffen. In der Sitzung des juristischen Doktoren-Kollegiums am 29. richtete sich die Debatte gegen die ultramontanen Bestrebungen einzelner Universitätslehrer. Von deutscher Seite wurde zunächst die Resolution beantragt, in welcher die Konfessionslosigkeit der Universität beauptet und die Senatsbeschlüsse zurückgewiesen werden sollten. Dr. Gregor beantragte endlich eine schärfere Fassung des Protokolls und das Doktorenkollegium erklärte den Senatsbeschluss als eine Kompetenzüberschreitung, da der Senat nur berufen sei, über die allgemeinen Interessen der Wissenschaft zu wachen und sich zu Manifestationen hin-reißen ließ, die lediglich individuellen Gefühlen und Neigungen entsprechen. Dr. Gregor's Antrag ward angenommen. Prof. Schulte will in Folge dieses Beschlusses das Amt des Rector Magnificus niederlegen.

— Czechische Blätter melden, daß F.-M.-L. Kolle wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes vom Minister Biskra zur heutigen Minister-Konferenz nach Wien berufen ist.

— Aus Lemberg wird telegraphirt, daß zu Jaroslaw eine heftige Judenverfolgung ausgebrochen, zwar Militär von mehreren Seiten requirirt, aber die Fortsetzung des Tumults zu befürchten ist.

Börsenmeyer's Schweser, welche nach Pest gereist war, um ihren kranken Bruder zu pflegen und nach dessen Tode selbst in tödliche Krankheit verfiel, ist gestern im selben Gefängnisse gestorben.

Genf, 1. April. Im Laufe des Tages haben hier Aufhebungen stattgefunden; fünf Personen wurden verhaftet; die Befreiung derselben wurde versucht, jedoch ohne Erfolg.

Paris, 31. März. Das Nouvelles "Jamais" vom 5. Dezember 1887 bezeichnet, wie die in dem italienischen Grünbuche enthaltenen Depeschen darthun, einen Wendepunkt in Frankreichs Stellung zu Rom, Madrid und Florenz. Als Eugenie und Isabella einig und Napoleon einverstanden war, eventuell Spanien nach Rom zu schicken, setzte Menabrea dieser der Reise nach Florenz des "Jamais" am 5. Januar 1888 ein italienisches "Nimmermehr" entgegen. Menabrea verlangte dann am 22. August den Abzug der Franzosen, protestierte am 11. September abermals und am 28. November nochmals, allerdings ohne allen Erfolg, da Napoleon in Rom "festgenagelt" war und ist, um uns des Ausdruckes zu bedienen, der vor zwei Jahren im Senate von einem kirchlichen Mitgliede vorgebracht wurde. Seitdem sind Versuche gemacht worden, über Menabrea's Kopf hinweg mit Victor Emanuel ein Bündnis zu schließen, das Italien als Frankreichs Lakaien zeigen würde, ohne daß es für seine Dienste Rom erhielte. Die "France", das Organ der kirchlichen Partei, erklärt dem italienischen grünen Buche zum Hohne, daß Nouvelles, als er sein "Jamais" gegeben, "die lebhafteste Billigung der öffentlichen Meinung in Frankreich erhielt und nie ein vollständigerer und absoluterer Akt zwischen Regierung und Kammer herrschte, indem eine überwiegende Majorität Nouvelles' Erklärung die glänzendste und entscheidendste Zustimmung erteilte." Die nächste Kammer wird vielleicht andere "sentiments" zeigen. Wie dem aber auch sei, so besteht, laut der "France", Napoleon III. darauf, daß Frankreich im Kirchenstaate bleiben werde und wolle, so lange die Situation auf der Halbinsel nicht die genügenden Bürgschaften gegen Garibaldische Versuche giebt. Da nun Napoleon III. seine eigene Person als die einzige Erkenntnisquelle für die Situation in Italien gelten läßt, so ist es Taktik der französischen Diplomatie, daß der Kaiser mit Victor Emanuel als "in dem kardinalistischen Einvernehmen" dargestellt werde, während man gegen das Kabinett Menabrea eine vornehme Haltung zu beobachten und diesen wie einen halben Revolutionär zu behandeln pflegt, der erst noch das Vertrauen der Tuilleries verdienen müsse durch Entmutigung jedes Anschlages auf Rom. Napoleons Plan mit der europäischen Konferenz, gegen die Menabrea sich ausspricht, ging dahin, daß Europa Italien zwingen sollte, Verzicht auf Rom zu leisten, und daß Europa den Kirchenstaat unter seine Garantie nehmen sollte; dann wolle er sein Disputations-Korps zurückziehen. Europa hat natürlich keine Veranlassung, Italien zu etwas zu zwingen, das Napoleon III. bloß verlangt, weil es ihm zu dynastischen Zwecken und zur Erlangung von gefügigen Deputierten nützlich erscheint. Wenn die inspirierten Blätter über diese realen Verhältnisse französischen Lesern Sand in die Augen zu streuen suchen, so begreift sich dies; aber im übrigen Europa wird man Niemandem einreden, daß Napoleon bloß aus Begeisterung für Pius IX. und die Politik der römischen Kurie seine Truppen nicht aus dem Kirchenstaate abberufe.

Paris, 1. April. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung das System der offiziellen Kandidaturen nicht aufgeben, daß sie aber gewisse Kandidaturen, die sie sonst bekämpft haben würde, nicht bekämpfen werde. Bis zu einer systematischen Neutralität werde sie nicht gehen.

Kopenhagen, 30. März. Die seeländische Eisenbahn-Gesellschaft hat auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes in voriger Woche einen auf das Taxieren bezüglichen Beschluß gefaßt, der, wenn das Experiment sich erfolgreich erweisen sollte, als Vorgang in der Anwendung eines neuen Prinzips für den Eisenbahnverkehr, zunächst im Interesse des Publikums und ohne Schaden für die Aktionäre, von hoher Wichtigkeit werden kann. Freilich ist dabei zu bedenken, daß die Einführung dieses Prinzips auch anderswo wohl zunächst nur in der Nähe großer Hauptstädte auf Strecken nach Lufthäfen und Wälbungen u. d. gedacht werden kann. Der Beschluß besteht darin, daß man vom 1. Mai verjüngsweise an den Wochentagen die Taxen auf der 1 1/4 Meilen langen Klampenborger Eisenbahn für alle Stationen derselben gleichgestellt und nur nach den Wagenklassen erhöht oder ermäßigt 1. Klasse 24 Sch., 2. Klasse 16 Sch., 3. Klasse 10 Sch. R.-M. (3 Sch. Crt.). Die jetzigen Taxen für die ganze Weglänge sind 32 Sch., 24 Sch. und 16 Sch. R.-M. Um die Einnahme Verminderung zu decken, muß die Frequenz um 100,000 Passagiere steigen. Die bisher ungeheure Frequenz an Sonn- und Festtagen wird dadurch zum Theil ohne Zweifel auch absorbiert werden. Man ist erstaunt, über diesen kühnen Versuch der Eisenbahngesellschaft, der man sonst Langsamkeit und zu großen hartnäckigen Konservatismus vorwarf. Es ist dieser Beschluß unsern Wissens der erste Versuch der Anwendung des sog. Freimarkensystems auf den Eisenbahnverkehr, worüber in hiesiger Presse in den letzten Jahren, namentlich auf Anregung eines Kandidaten Scharling, viel hin- und hergeschrieben worden ist. Derselbe machte geltend, daß der Personenverkehr durch niedrige Preise, ähnlich wie der von Briefen, steigen müsse und die Herabsetzung um so natürlicher sei, da einmal aufgenommene Passagiere den Verwaltungen, unangesehen die Strecke ihrer Mitfahrt, stets gleichmäßig Mühe und Kosten veranlassen, wogegen doch Manche einzuwenden ist. Sollte der Versuch sich bewähren, so würde er für unsere Stadt große soziale Folgen haben. Die Hälfte fast der Bevölkerung würde sich für die Sommerabende in der Gegend des Thiergartens und Klampenborgs theils ansiedeln, theils bloß ergeben und wür-

den dort, außer der Badeanstalt, noch zahlreiche Establishments wie das Tivoli u. d. d. existieren können, endlich der elende Thiergartenmarkt einen neuen großartigen Aufschwung nehmen können. Eine Verlängerung der Klampenborger Bahn durch den herrlichen Thiergarten nach Vedbæk und Hirschholm würde dann wohl auch eine notwendige Konsequenz und diese wunderbare Gegend somit Allen leicht zugänglich. Für die unternehmenden Speculanten mit Kapital bietet sich da ein reiches Feld dar.

Vommem.

Stettin, 2. April. Nach der Mittheilung hiesiger Blätter hätte die auf gestern bestimmt gewesene Uebergabe des Gutes Kavelowisch an den neuen Käufer nicht stattfinden können, weil die Vorbedingung, nämlich die Anzahlung von 24,000 Thlr. Kaufgelder nicht geleistet worden wäre. Richtig ist nur, daß die Uebergabe faktisch noch nicht stattgefunden hat, unzutreffend dagegen, daß, wie es nach der Fassung jener Mittheilungen den Anschein gewinnen könnte, der Käufer etwa zahlungsunfähig gewesen wäre. Wir erfahren vielmehr von glaubwürdiger Seite, daß der Tag der Uebernahme des Gutes mit von dem Entschlusse des Käufers abhängig, die Uebernahme am gestrigen Tage lediglich durch zufällige äußerliche Verhältnisse unmöglich gewesen ist, daß dieselbe aber unbedingt binnen wenigen Tagen stattfinden wird.

Dem Greiswalder Kreise ist auf Grund der Kreisratsbeschlüsse vom 12. Dezember 1888 ein Rgl. Privilegium unter dem 22. Februar erteilt zur Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen 3. Emission im Betrage von 21,000 Thlrn. in 80 Apolons zu 200 Thlrn. und 50 zu 100 Thlrn. Dieselben sind mit 5 pCt. verzinslich, die Amortisation erfolgt von 1870 an mit jährlich mindestens 1 pCt. des gesammten Kapitals.

Der Herr Regierungspräsident Graf v. Krajsow veröffentlicht im "Straß. Amtsblatt" Folgendes: "Meine wackende Gesundheit hat mich genöthigt, um Entlassung aus dem Staatsdienste zu bitten; Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, mir dieselbe zum 1. April d. J. zu gewähren. — Nur mit Wehmuth scheide ich aus meinem Amte, welchem ich seit 16 1/2 Jahren meine Kräfte mit Freuden gewidmet habe. Ich spreche allen unmittelbaren und mittelbaren Behörden, und allen werthen Bewohnern Neuorpommerns und Rügens meinen warmen herzlichsten Dank aus, für die vielen Beweise ehrenden Vertrauens, womit sie mir entgegen gekommen sind, und mir dadurch die Verwaltung meines bisherigen Amtes wesentlich erleichtert haben, — und knüpfe daran die Bitte, mir dies Vertrauen auch ferner zu erhalten, wenn ich als Privatmann in Ihrer Mitte leben werde."

Der wesentliche Inhalt des vom Ausschusse des Bundesraths zur Annahme empfohlenen Gesetzes über die Maissteuer ist dahin zusammenzufassen, daß die Steuer um 3 1/2 pCt. erhöht und die Fabriksteuer in der Art eingeführt wird, daß jedem Brenner unter gewissen Bedingungen freigestellt wird, die Besteuerung des Fabrikats zu wählen, die nach einer fallenden Scala so abgemessen ist, daß der Uebergang zu derselben nur allmählig erfolgen wird. Der Entwurf enthält mehrere Erleichterungen der Kontrollvorschriften, aber auch neue aus der Neuheit der Sache hervorgegangene Strafbestimmungen.

In verflossener Nacht ist von dem am Bleichholm liegenden englischen Schiffe "Pioneer", Kapit. Williamson, "Standert", Kapit. Innes, sämtliches laufendes Laubwerk im Gesamtwerthe von ca. 70 Thlr. von der Reglung abgeschnitten und gestohlen worden.

Regenwalde, 1. April. Im Januar brachte Ihre Zeitung eine Nachricht von hier über einen bei dem Mühlensbesitzer Gauger ausgeführten Diebstahl. Gestern wurde nun der hiesige Glaser M. sammt seiner Frau als der That verdächtig verhaftet und haben beide später auch ein Geständniß abgelegt. Die gestohlenen Uhren hat M. aus Furcht vor Entdeckung am folgenden Tage in die Rega geworfen, das Papiergeld, 590 Thlr., in Zeug gewickelt und in einen Sack gesteckt, dagegen auf dem Felde vergraben, wo es heute unter Zugiehung des Diebes unbeschädigt gefunden ist. — Vor einigen Tagen fand der hiesige Bürger W. auf dem Wege nach Labes eine Brieftasche, worin sich 500 Thlr. in Kassenscheinchen befanden. In Labes angekommen traf er den Berliner jener Summe, welcher nach Amerika auswandern und das Geld dem Agenten einhändigen wollte. W. übergab die Brieftasche und erhielt für seine Ehrlichkeit eine Belohnung von zehn Silbergrößen. — Die hiesige Abendgesellschaft hat sich auch in diesem Jahre um das hiesige Rettungshaus verdient gemacht. In einer theatralischen Vorstellung, welche zu diesem Zwecke veranstaltet wurde, betrug die Einnahme 63 Thlr. Diese wurden dem Vorstände des Rettungshauses unverzüglich übergeben.

Vermischtes.

Berlin. (Die Schilweiner methwürdige Geburt.) Mutter und Kind sind, wie wir bereits gemeldet, in Berlin und wohnen in Schmellers Hotel in der Jägerstraße, wohin sie von einem Speculanten gebracht sind, der das Kind unter Begleitung eines medizinischen Vortrages öffentlich zur Schau stellen wollte. Die Polizei hat aber bisher die Erlaubniß dazu noch nicht erteilt, mithin sind die Mittheilungen anderer Zeitungen, daß das Kind bereits in dem Hotel für Geld zu sehen sei, mindestens verfrüht.

Welche kolossale Menge Manuskr. das Abgeordnetenhaus mit der Zeit zusammenarbeitet, kann man

daraus ermessen, daß der neue Bureau-Direktor nicht weniger als 155 Centner Manuskr. auf einmal am nächsten Sonnabend zu verauktioniren genöthigt ist.

(Ein unternehmungslustiges Schneiderlein.) Seit längerer Zeit hatte sich in der Kasse des eine geregelte Arbeitshätigkeit für eine schlechte Erfindung des Altherthums haltenden Schneidemeisters Brodtki ein sehr auffälliges Defizit bemerkbar gemacht, der denselben veranlaßte, die Armenverwaltung in Tribut zu setzen und ihn der Möglichkeit beraubte, die Miete für seine beschriebene Wohnung zu zahlen. Im Bewußtsein, daß sein Wirth eine längere Indulgenz nicht üben werde, beschloß er, sich vor einer gegen ihn anzustreitenden Ermiffion dadurch zu retten, daß er freiwillig das Quartier räumte. Allein wo sollte er bleiben? Dieser Gedanke machte ihm keine Sorgen. Das Intelligenzblatt zur Hand nehmend, fand er, daß in einem Hause der Dragonerstraße eine Wohnung zu dem civilen Preise von 200 Thlr. zu vermieten sei, und schnell war sein Entschluß gefaßt. Sich dorthin begebend, erfuhr er von dem in dem betreffenden Quartier wohnenden, noch an einen längeren Kontrakt gebundenen Miether, daß der Wirth des Hauses, Rentier S., ihm die Sublokation der Wohnung in dem Fall gestattet habe, daß er sich einen sicheren Miether zu substituiren vermöge. Herr Brodtki, welcher sich diese Qualität vindizierte, erklärte sich auch sofort bereit, die Wohnung zu übernehmen, und wurde nun dem Eigentümer vorgestellt, mit dem er eine Verabredung dahin traf, daß er vor dem Einzug in die Wohnung einen Miethvertrag zu unterzeichnen und die Quartalsmiete in Höhe von 50 Thlrn. pränumerando zu entrichten habe. Zur Genehmigung dieser Sublokation wurde der Vermieter wesentlich dadurch bestimmt, daß Brodtki sich ihm gegenüber für einen wohlhabenden Schneidemeister aus Briesen ausgab, der um desfalls sein Domizil nach Berlin verlegen müsse, weil sein Geschäft großartige Dimensionen angenommen habe und er unter dem Berliner Offizierskorps eine umfassende Kundschafft besäße. An eine tatsächliche Unterzeichnung des verabredeten Miethkontraktes dachte indes Brodtki eben so wenig, wie an Zahlung der Miete. Seine in die qu. Wohnung importirten, aus der früheren im Rückwege entfernten, eine lange Vergangenheit besitzenden, trübselig aussehenden Mobilien waren auch nicht im Stande, dem Wirth Hoffnung zu gewähren, daß der neue "sichere Miether" je in der Lage sein werde, die Miete zu entrichten. Aber Herr Brodtki wollte nicht nur umsonst wohnen, sondern aus diesem Freiortstil noch die möglichsten Nützungen zu ziehen, weshalb er denn auch sofort sämtliche Räume der neuen Wohnung mit Chambragarnissen besetzte. Da es sich herausstellte, daß der Meister weder aus Briesen gekommen, noch während eines Vierteljahres auch nur eine Kommissio angestellt hatte, benutzte der Wirth gegen ihn wegen Betrages und die zweite Deputation des hiesigen Stadtkriminalgerichts verurtheilte das Schneiderlein unter Anerkennung seines Geniestreichs wegen Betrug zu sechs Wochen Gefängniß und 50 Thlr. Geldbuße.

Wollstein. Am 24. v. M. ist dem Gendarmen Wendt in Kognitz gelungen, den beiden berüchtigten Gaunern Redtwig und Unwerth, die in nahestehenden Beziehungen zu dem im Juni vorigen Jahres in Berlin verübten Uebendiebstahl im Werthe von 7000 Thlrn. stehen, auf die Spur zu kommen. Genannte Subjekte waren vorher in Unruhstadt, der eine als Viehhändler, der andere als Eisenbahnaufsicher sich gerierend, begabten sich von dort hierher und suchten in den Dörfern, welche ihnen nicht zu sehr außer der Tour lagen, angebend, daß sie sich in Geldverlegenheit befänden, Geschäfte zu machen, d. h. sie verkauften und tauschten goldene resp. vergoldete Uhren und Geld ein. Hieselbst verstellten sie sich als Geschäftsleute sehr passiv und begaben sich am 25. d. M. über Alt-Rosier nach Fraustadt. Am 26. traf der Gendarm Wendt hier ein und machte der Polizeibehörde von seiner Entdeckung Meldung, welche sofort die Polizei in Fraustadt telegraphisch davon benachrichtigte. Dasselbst wurde Redtwig verhaftet, während Unwerth mittelst der Bahn entkam. In Lissa jedoch ist man auch seiner habhaft geworden, und mit ihm eines Paketes mit Uhren, welches er mit der Post von Berlin in Fraustadt erhalten hatte, und 53 Thaler bares Geld.

Brieg. Der Betriebsdirektor der hiesigen Porzellanmanufaktur hat sich nebst seiner jungen Frau am Oster Sonntag vergiftet. Als Grund des Selbstmordes nimmt man ein körperliches Leiden des Mannes an, insolge dessen ihm ein Wein abgenommen werden sollte.

Striegau, 31. März. Ein wunderbares Geschick hat gestern alle mit dem Abendzuge von Königszell nach Liegnitz Reisenden vor unübersehbarem Unglück bewahrt. Ruchlose Hände hatten nämlich die Dunkelheit benutzt und eine auf dem Bahnkörper liegende alte Eisenbahnschiene quer über das Geleis gelegt und das Hinderniß selbst noch mit Steinen versehen, um dessen Wegschleichen zu verhindern. Man hatte auch noch zum Ueberflus eine sehr gefährliche Stelle gewählt, nämlich auf einem 18 Fuß hohen Damme zwischen zwei größeren Brücken. Als nun der um 8 1/4 Uhr hier ankommende Personenzug diese Stelle passirte, erhielt die Maschine einen allerdings sehr heftigen Stoß, kam jedoch glücklicherweise nicht aus den Schienen, sondern zertrümmerte das Hinderniß und schleuderte dasselbe sowie die Verseckten zum Theil seitwärts, zum Theil vom Damme herunter. Andernfalls würde die Waldburger Katastrophe hier weit überboten und das Unglück, was Menschenleben anlangt, ein weit größeres gewesen sein. Leider ist es nicht gelungen, die ruchlosen Verbrecher zu ermitteln.

Wien. In der Wiener "Medizinischen Wochenschrift" schreibt Prof. Dr. Braun seinen Bericht über die kürzlich mitgetheilte Operation und veröffentlicht in demselben den von Dr. Gillenbaum aufgenommenen Sektionsbefund. Die zuerst behauptete und später bestrittene Nachricht von dem zufälligen Zurücklassen eines Baufschwammes in der Bauchhöhle der Operirten erhält durch den Sektionsbefund die volle Bestätigung; in der Bauchhöhle wurde ein mit Blut getränkter Schwammstück gefunden. Dasselbe soll aber nach der Behauptung mehrerer Aerzte und Operateure keinen Einfluß auf den Zustand der Patientin ausgeübt oder gar deren Tod beschleunigt haben.

Paris. Man kennt jetzt die Ziffer des Vermögens, welches der kürzlich verstorbene James v. Rothschild hinterlassen hat. Es beträgt ungefähr 1700 Millionen. Bei der Schätzung wurde jedoch immer die niedrigste Summe angenommen.

London. Die "Triff Times" enthält folgende Mittheilung aus Queenstown: "Die Entführung einer cubanischen Dame durch einen Prinzen des Hauses Bourbon ist hier (in Queenstown) an's Tageslicht gekommen. Am 3. d. trafen mit dem Zuge, welcher die amerikanische Post brachte, ein junger Herr in Begleitung von zwei Damen — Passagiere des an diesem Tage angekommenen Postdampfers aus Newyork — hier ein. Auf dem Fahrbißlet waren sie als Mrs. und Miss Hamil und Louis Bourbon aufgeführt. Die jüngere der beiden Damen erregte durch ihre ausnehmende Schönheit große Aufmerksamkeit. Wie erstaunte man aber, als nach einigen Tagen der Konful einer südamerikanischen Republik erschien, der über die beiden Damen und den Herrn genaue Erkundigungen einzog, wobei es sich herausstellte, daß letzterer niemand anders war, als Prinz Don Louis de Bourbon, der die schöne Cubanerin aus ihrem väterlichen Hause entführt hatte."

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. April. Witterung: schön. Wind NO. Temperatur + 9° R.

An der Börse. Weizen unverändert, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. 66—68 Sch., bunter 65—67 Sch., weißer 67—70 Sch., ungar. 56—61 Sch., 83—85 Pfd. per Frühjahr 67 1/2 Sch., 67 1/2 Sch. bez. u. Br., Mai-Juni 67 1/2, 68 Sch. bez., 67 1/2 Sch., Juni-Juli 68 Sch. bez. u. Br.

Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco 80—83 Pfd. 50—51 1/2 Sch., feinsten schwerster 1 Fall 52 Sch., Frühjahr 50 1/2, 51 Sch. bez. u. Br., Mai-Juni 51, 51 1/2 Sch. bez., Juni-Juli 51 1/2 Sch. bez., Juli-August 50 Sch. bez., Oerke pr. 1750 Pfd. loco ungar. 37—43 1/2 Sch., feinste 45 Sch., Oberbruder 46 1/2 Sch., Oerke pr. 1800 Pfd. loco 32 1/2—34 1/2 Sch., 47 bis 50 Pfd. Frühjahr 33 1/2, 1/2 Sch. bez., Mai-Juni 33 1/2 Sch. bez., Oerke pr. 2250 Pfd. loco Futter 54—55 Sch., Frühjahr Futter 55 Sch. O.

Mais pr. 100 Pfd. loco 61—61 1/2 Sch. bez. Winterweizen per September-Oktober 81 Sch. bez. u. Br. Rüböl wenig verändert, loco 10 1/2 Sch. Br., 10 bez., April-Mai 9 1/2, 10 Sch. bez., Br. u. O., Sept. Okt. 10 1/2 Sch. O.

Spiritus matter, loco ohne Faß 15 1/2, 1/2 Sch. bez., per Frühjahr 15 1/2, 1/2 Sch. bez., Mai-Juni 15 1/2, 1/2 Sch. Br., 15 1/2 Sch. O., per Juni-Juli 15 1/2 Sch. bez., Juli-August 16 Sch. O.

Angelsmet: 200 Wepf. Roggen, 100 Centner Rüböl. Regulirungs-Preise: Weizen 67 1/2, Roggen 50 1/2, Rüböl 10, Spiritus 15 1/2.

Stettin, den 2. April		
Hamburg	6 Tag.	151 1/2 bz
Amsterdam	2 Mt.	150 1/2 B
London	8 Tag.	141 1/2 G
Paris	2 Mt.	—
Brüssel	10 Tag.	6 25 1/2 bz
St. Petersburg	3 Mt.	6 23 1/2 B
Wien	10 Tag.	81 1/2 bz
Prag	2 Mt.	81 1/2 B
St. Petersburg	3 Mt.	—
St. Petersburg	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
Prag	2 Mt.	—
Prag	4 1/2	Lomb. 5 %
St. Petersburg	4 1/2	—
St. Petersburg	5	—
St. Petersburg	3 1/2	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—
St. Petersburg	4	—
Rentb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
Prior.	4	—
Starg.-P.E.A.	4 1/2	—
Prior.	4	—
St. Petersburg	4 1/2	92 B
St. Petersburg	4	—
St. Petersburg	4	—
St. Petersburg	4	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	116 B
Pr. Soc. Assocuranz.	4	—
Pomerania	4	120 G
Union	4	110 G
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Brodow	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschlepp V.	5	—
Neue Dampfer-O.	4	96 B
Germania	—	102 1/2 B
Vulkan	—	150 G
St. Dampfmühle	4	105 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünge-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—